

KONFRONTATIONEN

Stuttgart, Frankfurt – bald auch Hamburg?

Angriffe auf Einsatzkräfte – Die ständige Diskreditierung der Polizei in Deutschland gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung! Vorfälle wie in Stuttgart und Frankfurt sind die Folgen, wenn es fast einem sportlichen Wettkampf gleicht, die Polizei in Deutschland zu diskreditieren und an den medialen Pranger zu stellen. Teile der Gesellschaft nehmen daraus ihre Legitimation, die Einsatzkräfte der Polizei anzugreifen. Wer die Vorgänge aus der Schanze und vom Kiez gesehen hat weiß, dass solche Bilder auch jederzeit in Hamburg entstehen können.

GdP Hamburg

Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Vorfälle wie in Stuttgart und Frankfurt sind die Folgen, wenn es fast einem sportlichen Wettkampf gleicht, die Polizei in Deutschland zu diskreditieren. Teile der Gesellschaft nehmen daraus ihre Legitimation, die Einsatzkräfte der Polizei anzugreifen. Es hilft nicht, wenn auch Spitzenpolitiker immer wieder ihre Meinung in die Welt der sozialen Netzwerke hinausposaunen, ohne belastbare Erkenntnisse gewonnen zu haben. Dieses Verhalten ebnet das Feld für Ausschreitungen wie in Frankfurt und Stuttgart. Es wird Zeit, dass sich alle Akteure ihrer Verantwortung bewusst werden!

Vermeintliche „Polizeiexperten“ nutzen das bereite Feld in den sozialen Medien ganz bewusst für eine Stimmungsmache gegen die Polizei! Auf der Suche nach geeigneten Situationen sinkt die Hemmschwelle der

Täter und es kommt zu regelrechten Gewaltexzessen.

Dies stellt die Polizei vor neue Aufgaben, zumal diese Situationen praktisch aus dem Nichts entstehen können. Auch in Hamburg sind entsprechende Ausschreitungen, unvermittelt entstanden aus einer Routinekontrolle, durchaus denkbar. Die Polizei wird solchen Situationen mit den entsprechenden Einsatzstrategien begegnen müssen.

Es wird Zeit, dass sich die Politik und Teile der Medien ihrer Verantwortung stellen. Aus Unkenntnis, oder eben bewusst interessengesteuert, wird Stimmung gegen die Polizei gemacht. Ein Umstand, der



Vorfälle wie in Stuttgart und Frankfurt sind die Folgen, wenn es fast einem sportlichen Wettkampf gleicht, die Polizei in Deutschland zu diskreditieren. Teile der Gesellschaft nehmen daraus ihre Legitimation, unsere Kolleginnen und Kollegen anzugreifen. Es wird Zeit, dass sich die Politik und Teile der Medien ihrer Verantwortung stellen. Schluss mit der Hetze!

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



„Vermeintliche ‚Polizeiexperten‘ nutzen das bereite Feld in den sozialen Medien ganz bewusst für eine Stimmungsmache gegen die Polizei!

derzeit auch in Hamburg gut zu beobachten ist. Ein weiteres Problem dieser Entwicklung ist, dass durch die große mediale Resonanz bzw. die Verstärkung entsprechend einseitiger, unreflektierter Berichterstattung weitere Nachahmer animiert werden.

Was sich dann vielfach in den sozialen Netzwerken findet, mutet daher eher als Wettbewerb um die am stärksten polemisierende, bewusst subjektive Darstellung an, und nicht wie eine differenzierte Auseinandersetzung mit den – manchmal leider nur vordergründig – problematisierten gesellschaftlichen Fragestellungen. Mit einer sachlichen und an Fakten orientierten Bewertung setzen sich viele Menschen nicht mehr auseinander. Die Fol-

„Meinung ohne Ahnung“ ist Programm.

gen tragen unsere Kolleginnen und Kollegen. Das muss ein Ende haben! Die GdP Hamburg wird ihren Beitrag dazu leisten.

Phänomene, wie sie jüngst in Stuttgart und Frankfurt zu sehen waren, nehmen inzwischen staatszersetzende Züge an. Die GdP fordert daher eine konsequente Strafverfolgung, wie sie aus unserer Sicht nur eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gewährleisten kann.

Wir plädieren für eine konsequente Anwendung der Gesetze, wofür es aber ausrei-

chend Personal geben muss, sowohl bei der Polizei als auch bei der Justiz.

Denn: Das Problem wird größer. Inzwischen fordert es den Rechtsstaat heraus. Die Probleme lassen sich zusammenfassen. Es geht um die reine Behinderung der Einsatzkräfte am Einsatzort durch Gaffer, aber auch um nicht recherchierte Berichte im Netz, die eine Eigen-dynamik entfachen können und zu konstruierten Wirklichkeiten führen, und um den Schutz von Persönlichkeitsrechten. Wir sollten das Smartphone auch als Anheizer bei Ausschreitungen wie in Stuttgart werten, mit den entsprechenden Folgen! ■

VERANSTALTUNG

Einstehen für Demokratie und Frieden am 1. September – Kranzniederlegung und Gedenken der Gewerkschaften am Antikriegstag

Der Antikriegstag erinnert an die Gräueltaten, das unermessliche Leid und die über 80 Millionen Toten der beiden Weltkriege. Am 1. September 1939 entfachte Nazi-Deutschland mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Daher ist dieser Tag Anlass, um vor den zerstörerischen Folgen von Nationalismus und Faschismus zu warnen und eine friedliche Koexistenz aller Völker der Welt einzufordern.

Felix Hoffmann

DGB Hamburg

Seit jeher erinnern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an die Verwirklichung und den Erhalt des Friedens und der Freiheit im Geiste, an die Verteidigung demokratischer Errungenschaften und appellieren an die Völker für eine friedvolle und konstruktive Verständigung zur Sicherung der Zukunft folgender Generationen. Der DGB Ham-

burg und seine acht Mitgliedsgewerkschaften rufen am 1. September dazu auf, das Gedenken wachzuhalten und für den Frieden einzutreten und laden zur Teilnahme an den Veranstaltungen am Antikriegstag ein.

Kranzniederlegung und Gedenken des DGB Hamburg

- 14 Uhr am Mahnmal für die Opfer von Krieg und Faschismus Friedhof Ohlsdorf (Bestattungsforum)
- Es spricht Katja Karger – Vorsitzende DGB Hamburg

Kundgebungen und Friedensdemonstration des Hamburger Forums

- 16 Uhr auf dem Gänsemarkt
- 17.30 Uhr Abschlusskundgebung vor dem Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof

„Kriege beenden! Abrüsten!“ – Abendveranstaltung im Gewerkschaftshaus

- 18 Uhr – Musiksaal des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof 57 a
- Zu Gast: Andrea Kocsis – stellv. Vorsitzende ver.di Bundesvorstand ■



... von Freunden empfohlen

*Was Sie mitnehmen ins neue Jahr?
Nur gute Laune.*

RHEIN SILVESTERZAUBER

6 NÄCHTE: ab **€ 1.279** p.P.

Inkl. € 60 Frühbucher-Ermäßigung
bei Buchung bis 31.08.2020*

PREMIUM
ALLES
INKLUSIVE

ROUTE: Köln, Rudesheim, Straßburg, Mainz,
Frankfurt, Koblenz, Köln

TERMIN: 27.12.2020

- ✓ Kinder bis 15 Jahre reisen kostenfrei**
- ✓ Großzügiger Wellness-Bereich mit
Sauna und Fitness
- ✓ Viele weitere Vorteile, wie z.B. unser
kostenfreies WLAN



Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de

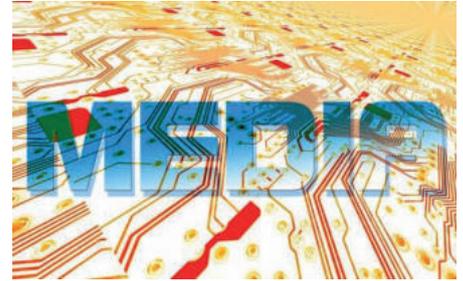




Hass und Hetze im Netz nehmen staatszersetzende Züge an

Die GdP Hamburg begrüßt die Initiative der Justizsenatorin in Hamburg!

Hass und Gewalt werden in Deutschland mittlerweile auf drastische Weise nach außen getragen. Ziel ist offenbar, Angst und Einschüchterung Andersdenkender zu erzeugen. Solches Handeln ist eine Gefahr, untergräbt das Vertrauen in den Staat und soll mutmaßlich eigenen politischen Verhältnissen den Weg bereiten. Das Ausmaß dieser Phänomene ist inzwischen besorgniserregend und bereitet den Boden für reale Taten! Auch Hamburgs Justizsenatorin äußerte sich heute entsprechend im Hamburger Abendblatt.



Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Im analogen Leben praktiziert die Polizei die Taktik der aufsuchenden Polizeiarbeit. Diese Notwendigkeit sehen wir neben der strafrechtlichen Aufarbeitung auch in der digitalen Welt. Es ist an der Zeit, dass Polizei diese erprobten Maßnahmen und Methoden auch in die digitale Welt überführen kann. Durch eine Aufhellung dieser Bereiche wird auch das Erkennen relevanter Strukturen und relevanter Netzwerke erleichtert.“

Horst Niens weiter: „Viele Täter haben offenbar den Eindruck, das Internet sei ein rechtsfreier Raum, in dem ungestraft gehetzt und Propaganda verbreitet werden darf und in dem straffrei zu Straftaten angestiftet werden kann. Wir müssen klarmachen: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum!“

Damit wir das erreichen, müssen wir auch über Speicherfristen und Mitteilungspflichten bei den Anbietern digitaler Kommunikation sprechen. Nur mit den notwendigen rechtlichen und personellen Ressourcen kann es gelingen, dass die Polizei vor der Tür steht, wenn der Täter anonym im Netz gehetzt hat. Gemeinsam können wir verhindern, dass Hetzer ihr Gift für die Demokratie weiter ungehindert im Netz versprühen und damit unsere freiheitlich demokratische Grundordnung beschädigen können. Der Staat muss sich diesen Zersetzungsprozessen entschlossen entgegenstellen und die Täter ermitteln. Das wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Weiterhin fordert die GdP Hamburg ferner die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die sich der Bekämpfung von Delikten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes widmet.



„Gute Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen sind der beste Schutz vor Altersarmut.“

MEDIENMITTEILUNG

Senat muss Altersarmut bekämpfen – Immer mehr Grundsicherungsempfänger im Alter

Angesichts einer weiter steigenden Zahl von Senior/-innen, die Grundsicherung beziehen, fordert Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger den Senat auf, Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

Felix Hoffmann
DGB Hamburg

„Seit Jahren steigt die Zahl der armen Rentner/-innen in Hamburg und die Entwicklung wird durch Corona noch verstärkt. Wer heute seinen Job verliert oder als Selbstständiger keine Aufträge mehr hat, wird das später bei der Rente merken. Gerade Frauen, die während der Pandemie wieder verstärkt Sorgearbeit übernehmen müssen, stehen vor diesem Problem. Die Einkommenslücken von heute führen morgen zu Mini-Renten oder direkt in die Altersarmut.“ Laut Statistikamt Hamburg

haben 2019 rund 27.600 Frauen und Männer Grundsicherung erhalten. Das sind vier Prozent mehr als im Jahr zuvor. 54 Prozent davon sind Frauen.

Der DGB Hamburg fordert, das Problem von Armut im Alter auf drei Ebenen anzugehen:

- Mehr Unterstützung für die aktuell Betroffenen: Zum Beispiel durch einen finanziellen Aufschlag auf die Grundsicherung, mehr bezahlbaren Wohnraum, der alters- und altersgerecht ausgebaut wird und mehr Vergünstigungen, zum Beispiel beim öffentlichen Nahverkehr.

„Rot-Grün hat sich im Koalitionsvertrag einiges vorgenommen, um Armut zu bekämpfen und auch die soziale Teilhabe von Älteren zu stärken. Jetzt gilt es, diese Vorhaben auch umzusetzen“, so Karger.

- Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung, Tarifbindung steigern und Arbeit altersgerecht gestalten: „Gute Löhne und ordentliche Arbeitsbedingungen sind der beste Schutz vor Altersarmut. Doch in der Arbeitswelt ist leider viel zu oft noch das Gegenteil normal: In Hamburg arbeitet jede/r Siebte zu einem Niedriglohn. Gleichzeitig sind Beschäftigte durch ihren Job oft so ausgepowert, dass sie vorzeitig in Rente gehen müssen, was sich erheblich auf die Rentenhöhe auswirkt“, sagt Karger.
- Soziale Armut bekämpfen: Durch die Corona-Pandemie mussten viele Ältere ihre Kontakte erheblich einschränken, waren mit Einsamkeit konfrontiert. Deswegen ist eine Ausweitung der aufsuchenden Seniorenarbeit wichtig, auch wenn sie unter den aktuellen Bedingungen nicht einfach umzusetzen ist. ■

MEHRBELASTUNG IM VOLLZUG

Reiserückkehrer, Cornern und Corona-Testzentren – Weitere Aufgaben für die Polizei Hamburg!

Corona bestimmt nach wie vor auch den Alltag in Hamburg. Allerdings wird die Gefahr von Teilen der Bevölkerung nicht mehr so ernst genommen. Entsprechende Berichte gibt es immer wieder.

Der Landesvorstand

Für die GdP Hamburg ist aber vollkommen klar, dass es nicht allein die Aufgabe der Polizei ist, die Bevölkerung vor der Risikobereitschaft einzelner Gruppen zu

schützen. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insbesondere die Gesundheitsbehörde ist hier gefordert. Zuletzt wurden durch die Politik verpflichtende Corona-Tests angekündigt.

Verpflichtende Corona-Tests müssen im Zweifel mit Zwang durchgesetzt werden. Diese Maßnahme kann sich auf das

Macher oder Aufschieber?
Macher.
Selbstbestimmung im Trauerfall.
GBI-Bestattungsvorsorge*

GBI
Großhamburger Bestattungsinstitut rV

Fordern Sie den GBI-Bestattungsvorsorgeordner an – kostenlos.
040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de
*mit Bankbürgschaft und Preisgarantie auf GBI-Leistungen

GBI ORIGINAL SEIT 1909



» Bei eventuellen Zwangsmaßnahmen bedarf es dann klarer und rechtssicherer Anordnungen der originär zuständigen Stellen.

Infektionsschutzgesetz stützen. Hier sind für die Anordnungen die Gesundheitsämter zuständig. Zwang bedeutet aus Sicht der GdP nicht unbedingt einfache körperliche Gewalt zur Durchsetzung der Test. Zwang kann auch in einem Ordnungsgeld oder einer unmittelbar durchgesetzten Quarantäne bestehen. Beides sind Maßnahmen, die aus Sicht der GdP Hamburg dem körperlichen Zwang vorzuziehen wären. Hier sind dann die Gerichte und die Gesund-

heitsbehörde in der Verantwortung, Maßnahmen anzuordnen, wenn eine entsprechende Gefahrenprognose gestellt werden kann. Für diesen Fall muss umgehend Klarheit geschaffen werden, wo eine solche Quarantänemaßnahme örtlich umgesetzt werden könnte. Aus Sicht der GdP Hamburg kann die Polizei dann im Rahmen der Amtshilfe tätig werden.

Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Wir erwarten klare Konzepte der

Politik und der zuständigen Behörden! Insbesondere der Zwangsmiteinsatz muss klar definiert werden. Wenn unter Zwang der Mund eines Menschen geöffnet werden muss, geht dies nur mit einer erheblichen Kraftanstrengung und damit einhergehender Verletzungsgefahr. Es ist an der Zeit, dass sich alle ihrer Verantwortung für die Gesamtgesellschaft bewusst werden, dann sind Zwangsmaßnahmen nicht notwendig!“ ■

VERANSTALTUNG

Mitgliederehrung am 13. Januar 2020 – Erinnerung an einen schönen und kurzweiligen Nachmittag im Kreise von vielen Jubilaren

Traditionell fand im Januar dieses Jahres die Ehrung unserer langjährigen Mitglieder statt. Eingeladen waren, diesmal in den Spiegelsaal des Hotels Best Western in Hamm, Kolleginnen und Kollegen, die 25, 40, 50, 65 oder 70 Jahre der Gewerkschaft ihre Treue gehalten haben. Ihnen gilt unser besonderer Dank.

Gundula Thiele-Heckel

Nach einer herzlichen Begrüßung durch unseren Landesvorsitzenden Horst Niens, der noch einige Worte zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten des vergangenen Jahres sagte, begrüßte auch die Vorsitzenden des Fachbereichs Senioren, Gundula Thiele-Heckel, die Jubilare und Gäste. Danach folgten dann nacheinander die Ehrungen der einzelnen Mitglieder. Mit herzlichen Glückwünschen nahmen sie jeweils ihre Urkunde und Ehrennadel entgegen.

Vor jedem zu ehrenden gewerkschaftlichen Eintrittsjahr wurde von unserer Gewerkschaftssekretärin Stephanie Orgel ein geschichtliches Ereignis vorgetragen.



Fotos: GdP Hamburg



Ganz besonders freuten wir uns, dass Manfred Bienert als ehemaliger Landesvorsitzender und Ehrenmitglied der GdP der Einladung gefolgt war und für 60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt werden konnte.

Für 50 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit konnten wir unseren ehemaligen Landes- und auch Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg beglückwünschen.

Unser Landeskassierer Jörg Kagens nahm für 40 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit seine Urkunde entgegen und die langjährigen PVAG-Mitarbeiter Matthias Pape und Carsten Hetzel nahmen ihre Urkunde für 25 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit in Empfang.

Besonders gefreut haben wir uns über unseren Jubilar Karl-Hermann Tennert, der bereits 70 Jahre der Gewerkschaft die Treue gehalten hat. Mit seinen 97 Jahren kam er ohne Begleitung zur Veranstaltung angereist und zeigte sich, bis auf kleine gesundheitliche Einschränkungen, „topfit“ und kurzweilig in seinen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen. Nach der Veranstaltung hatte er es dann eilig, weil die regelmäßig stattfindende Orchesterprobe nicht warten

sollte. Leider erhielten wir vier Wochen nach dieser Veranstaltung die Nachricht, dass Karl-Hermann Tennert am 18. Februar 2020 verstorben ist. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit dem Kollegen Tennert noch einen schönen Nachmittag verbringen durften.

Neben den Ehrungen hatten alle Teilnehmer noch ausreichend Gelegenheit, bei leckerem Kaffee und Kuchen viele Gespräche zu führen und gemeinsame Erinnerungen auszutauschen.

Ein herzlicher Dank geht auch an die Kolleginnen der Geschäftsstelle, die wieder eine erhebliche Vorarbeit geleistet haben, damit diese Veranstaltung so reibungslos durchgeführt werden konnte.

Gundula Thiele-Heckel



Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**


Firmenungebundene
Auftragsannahme



SENIOREN

Mitgliederversammlung entfällt leider auch im September

Liebe Mitglieder des Fachbereichs Senioren, auch in diesem Monat und nach der obligatorischen Sommerpause findet leider immer noch keine Mitgliederversammlung statt. Der Vorstand hätte euch gern eine andere Ankündigung in der DP gemeldet.

Gundula Thiele-Heckel

Fachbereichsvorsitzende Senioren

Die Auflagen hinsichtlich der Durchführung einer Versammlung in Corona-Zeiten sind zwar deutlich gelockert worden, trotzdem muss diese gut von uns vorbereitet und zudem die Genehmigung

einer entsprechenden Behörde eingeholt werden. Wir sind als Fachbereichsvorstand aktiv, alle Klärungen herbeizuführen.

Vielleicht kommt uns die verlängerte Sommerpause ja wenigstens gesundheitlich zugute, viele Urlauber kehren auch aus den sogenannten Risikogebieten nach Deutschland zurück. Kinder-

gärten und Schulen sind wieder geöffnet und die Sorg- bzw. Rücksichtslosigkeit einiger Mitbürger hinsichtlich der Abstandsregeln lassen zu wünschen übrig. Man sieht es an den steigenden Infektionszahlen. Wir wollen und müssen uns nicht anstecken. Da wir uns leider nicht sehen können, möchte ich erneut an die Anfang des nächsten Jahres anstehenden Wahlen der Delegierten für die Bezirks-seniorenbeiräte erinnern. Wenn ihr Interesse habt, meldet euch bitte in der Geschäftsstelle, macht euch Gedanken und stellt euch zur Verfügung. Habt ihr Fragen dazu, nehmen wir gern telefonischen Kontakt zu euch auf.

Bleibt also gesund, der Seniorenvorstand freut sich auf ein hoffentlich baldiges Wiedersehen mit euch. ■

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

Tel.: 040/280896-17